

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 40

vom 10. Dezember 2010  
Redaktion: Katja Richardt

## Inneres

Das Nationale Waffenregister - Register für alle erlaubnispflichtigen Schusswaffen im Privatbesitz 2

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Hamburg erhält einen Opernboulevard.....4

## Umwelt

Hamburg im Klimawandel: Zeit zum Handeln in der Umwelthauptstadt.....6

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Zukünftig engere Zusammenarbeit der Produktionsschulen.....8

Durchbruch für neues Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein.....10

„Mein Schulweg Trainer“ 12

Klarheit für Schulen und Eltern: Entscheidungen über Schulfusionen 13

## Soziales, Familie und Gesundheit

Perspektiven der Pflege in Hamburg: Einigung erzielt.....14

Aus Fählern lernen – eigentlich ganz einfach?.....16

Neue Akzente in der Bekämpfung von Gewalt.....17

Was brauchen ältere Konsumenten illegaler Drogen?.....19

## Wissenschaft und Forschung

Gesetzentwurf zum Hamburgischen Hochschulgesetz stärkt die Position des Fakultätsrates.....21

## Kultur

Senator Stuth verlängert Vertrag mit dem Direktor der Hamburger Kunsthalle.....23

## Zur Information

Terminkalender.....24

09. Dezember 2010/bis09

## **Das Nationale Waffenregister - Register für alle erlaubnispflichtigen Schusswaffen im Privatbesitz**

### **Bund-Länder-Arbeitsgruppe entscheidet sich für Hamburg als fachliche Leitstelle**

Nach der europäischen Waffenrichtlinie sind alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, bis spätestens 31. Dezember 2014 ein computergestütztes Waffenregister auf nationaler Ebene zu schaffen und stets auf dem aktuellen Stand zu halten. Der deutsche Gesetzgeber hat geregelt, dass das Nationale Waffenregister (NWR) bereits bis Ende des Jahres 2012 aufzubauen ist.

Am Mittwoch fand im Hamburger Polizeipräsidium eine Informationsveranstaltung für alle deutschen Waffenbehörden und Ministerien statt. **Hamburgs Innensenator Heino Vahldieck** eröffnete die Veranstaltung.

Das NWR wird die Daten der mehr als 570 Waffenerlaubnisbehörden des Bundes, der Ländern und Kommunen, zwischen denen es bis jetzt keine Vernetzung gibt, zusammenführen und erstmals einen Standard für Waffendaten einführen.

Das NWR wird technisch vom Bundesverwaltungsamt in Köln geführt werden. Die Innenministerkonferenz hat zudem auf ihrer Herbsttagung in Hamburg beschlossen, eine fachliche Leitstelle für das NWR bei der Behörde für Inneres und Sport in Hamburg einzurichten.

Die Fachliche Leitstelle, die als zentrale Stelle für die inhaltliche Weiterentwicklung, die Klärung von Fachfragen und die Beratung von Behörden und Ministerien verantwortlich ist, wird vom Bund und den Ländern gemeinsam finanziert.

**Senator Heino Vahldieck** betonte den 200 geladenen Experten gegenüber die sicherheits- und ordnungspolitische Notwendigkeit ein derartiges Register zügig einzuführen.

Hamburg ist stolz, vom Bund und der eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe als Standort für die fachliche Leitstelle ausgewählt worden zu sein. Für diese Entscheidung waren die Erfolge und Erfahrungen der Hamburger Waffendienststelle der Polizei maßgeblich.

**Hamburgs Polizeipräsident Werner Jantosch** unterstrich den hohen Nutzen eines solchen Registers für die Polizei bei der Bewältigung von Einsatzlagen und kriminalpolizeilichen Ermittlungen.

**Dr. Joachim Sturm als Projektleiter im Bundesministerium des Innern** und andere Referenten verdeutlichten zudem den hohen Nutzen für die öffentliche Verwaltung, da es in Deutschland immer noch Behörden ohne EDV-Ausstattung gibt.

Durch das NWR wird die behördliche Arbeit effektiver und effizienter werden. Bemerkenswert sei auch, dass das NWR eines der kostengünstigsten und leistungsfähigsten Projekte dieser Art in Deutschland ist.

Weitere Informationen zum Nationalen Waffenregister sind im Internet unter [www.nationales-waffenregister.de](http://www.nationales-waffenregister.de) abrufbar.

Rückfragen:

**Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Ralf Kunz und Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678 u. -2673,

E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

06.12.2010/bsu06

## **Hamburg erhält einen Opernboulevard BID-Antragsunterlagen werden übergeben**

In der Hamburger Innenstadt entsteht ein weiterer Business Improvement District (BID). Die Grundeigentümer und die Freie und Hansestadt Hamburg investieren gemeinsam 4,7 Mio. Euro in die Umgestaltung der Dammtorstraße. Mit Bau- und Marketingmaßnahmen soll das 280 Meter lange Teilstück zwischen Gänsemarkt und Esplanade in einen Boulevard mit hoher Aufenthaltsqualität verwandelt werden. Die Stadt saniert die Fahrbahnen der Dammtorstraße und den Untergrund der Gehwege. Die Grundeigentümer des BID investieren rund 2,25 Mio. Euro in die aufwändige Gestaltung des öffentlichen Raums.

Dr. Manfred Jäger, Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: „Als Vorreiter in Deutschland hat Hamburg im Jahr 2005 das Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren eingeführt. Mit dem 11. Innovationsbereich wird heute die Hamburger Erfolgsgeschichte der BIDs fortgeschrieben. Aus der Dammtorstraße wird in Kooperation von Grundeigentümern und der Stadt eine städtebaulich, kulturell und kommerziell spannende Adresse in der Innenstadt. Ich danke den Initiatoren dieses Projekts und allen Akteuren für die vorbildliche Zusammenarbeit. Diese Kooperation stellt eine win-win-Situation für alle Beteiligten dar.“

Markus Schreiber, Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte: „Ich freue mich, dass es hier nun endlich losgehen kann. Im Bezirk Hamburg-Mitte haben wir bisher mit BIDs gute Erfahrungen gemacht. Die Aufwertung für die jeweiligen Straßen ist für Jedermann ersichtlich. Und auch hier rund um die Staatsoper wird es nach Fertigstellung Spaß machen, auf einem wunderschönen Boulevard zu lustwandeln. Er wird ein neues Highlight für den Bezirk und damit für die ganze Stadt.“

Stefan Wulff, Otto Wulff BID GmbH: „In Anlehnung an das sehr erfolgreiche BID Neuer Wall sind in der Dammtorstraße unter anderem Gehwege aus einem hochwertigen, hellen Betonstein mit gelben Natursteinanteilen geplant. Erheblich verbreiterte Nebenflächen und eine einheitliche Beleuchtung runden das Bild vom Opernboulevard ab. Er wird die Dammtorstraße endlich zu einem vitalen Ort mit hoher Aufenthaltsqualität machen. Künftig werden die attraktiven Gebäude und die einmalige Lage als westliches Entree zur Innenstadt noch besser zur Geltung kommen.“

Jean Jaques de Chapeaurouge, Geschäftsführer der Norddeutschen Grundvermögen und Sprecher der Grundeigentümer in der Dammtorstraße: „Das BID Opernboulevard ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die in der Hansestadt gelebte Kultur der öffentlich-privaten Partnerschaften.“

Detlef Meierjohann, Geschäftsführender Direktor der Hamburgischen Staatsoper: „Durch die Neugestaltung der Straßenflächen und die ausgebauten Gehwege bekommt die Hamburgische Staatsoper zukünftig ein attraktiveres und repräsentatives Umfeld. Damit wird unser Haus eindrucksvoll quasi als das Herzstück des neuen Straßenzuges vom Gänsemarkt zum Stephansplatz hervorgehoben. Darüber hinaus erleichtert der geplante Straßenübergang unserem Publikum endlich einen sicheren Zugang aus dem gegenüberliegenden Parkhaus in der Welckerstraße. Wir danken den Initiatoren für Ihr Engagement und die finanzielle Unterstützung sowie der Freien und Hansestadt für ihre Bereitschaft diese Idee aufzugreifen und die bisher positive Begleitung.“

Die Pläne für die Umgestaltung der Dammtorstraße entstanden in enger Abstimmung zwischen den Grundeigentümern, dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, den Landschaftsarchitekten von Breimann & Bruun sowie den Verkehrsplanern von Argus. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und das Bezirksamt Hamburg-Mitte haben die Planungen und die Grundeigentümer aktiv unterstützt. Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren war produktiv und stellt ein Vorbild für ähnliche Projekte dar.

Die geplante Laufzeit für das BID beträgt drei Jahre. Die Bauarbeiten beginnen voraussichtlich im zweiten Quartal 2011 und dauern bis Ende 2012.

**Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Helma Krstanoski

Tel. 040 / 428 40-2058, [helma.krstanoski@hamburg.de/bsu](mailto:helma.krstanoski@hamburg.de/bsu)

[www.hamburg.de/bsu](http://www.hamburg.de/bsu)

6. Dezember 2010/bwf06

## Hamburg im Klimawandel: Zeit zum Handeln in der Umwelthauptstadt

### „Klimabericht für die Metropolregion Hamburg“ ab jetzt im Buchhandel

Um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, ist eine wissenschaftliche Grundlage zur Analyse seiner Auswirkungen und Risiken erforderlich. Der jetzt als Buch erhältliche „Klimabericht für die Metropolregion Hamburg“ liefert diese Grundlage. Dieser erste regionale Klimabericht im deutschsprachigen Raum beschreibt sowohl das vorhandene Wissen zum Klimawandel über die vergangenen 100 Jahre als auch die zu erwartenden und möglichen Veränderungen in den kommenden 100 Jahren. Die von anerkannten Fachleuten des KlimaCampus Hamburg, anderer Universitäten, Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden erarbeitete Veröffentlichung versteht sich als wissenschaftliche Grundlage zur Entwicklung einer mittel- und langfristigen Klimapolitik in Hamburg und appelliert an Verwaltung und Politik, dieser Herausforderung zu begegnen.

Wissenschafts- und Forschungssenatorin **Dr. Herlind Gundelach**: „Die Wissenschaft hat ihren Beitrag geleistet und einen gebündelten Bericht auf den Tisch gelegt. Der Bericht macht deutlich, dass es fahrlässig wäre, auf den bereits begonnenen Klimawandel nicht gezielt zu reagieren. Als Umwelthauptstadt muss sich Hamburg den möglichen Risiken und Herausforderungen stellen. Der Klimabericht stellt somit das erforderliche Bindeglied zwischen Erkenntnis und Konsequenz dar.“

In den vergangenen 100 Jahren sind die Temperaturen in der Region um ca. 1 °C gestiegen, mit einer Beschleunigung in den letzten dreißig Jahren. Am deutlichsten war die Erwärmung bisher im Winter, trotz der Ausnahme des letzten Jahres. Sommerniederschläge haben ab-, Winterniederschläge zugenommen, und dieser Trend kann sich in Zukunft vermutlich weiter fortsetzen. Nachweisbar liegt der Blühbeginn vieler Pflanzen heute früher bei insgesamt längeren Vegetationsperioden. Vermehrt finden wir nichtheimische wärmeliebende Tier- und Pflanzenarten in der Region. Sturmfluten können bis Ende des Jahrhunderts etwa 30 bis 110 cm höher auflaufen als heute.

Dies sind nur einige Beispiele aus dem „Klimabericht der Metropolregion Hamburg“. Der Bericht geht auf ein Gemeinschaftsprojekt des KlimaCampus Hamburg und der Leitstelle Klimaschutz in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zurück, das vor drei Jahren gestartet wurde. Am KlimaCampus arbeiten Wissenschaftler der Universität Hamburg, des Max-Planck-Instituts für Meteorologie, des Helmholtz-

Zentrums Geesthacht und anderer Institute zusammen. Der „Klimabericht“ möchte Anstöße zur öffentlichen Diskussion darüber geben, wie sich Wirtschaft, Politik und Wissenschaft am wirkungsvollsten für den Klimaschutz in Hamburg und Umgebung engagieren.

Bereits im November 2009 wurde eine vorläufige Fassung des Klimaberichts der Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Gemeinschaft vorgestellt. Der vom Norddeutschen Klimabüro am Helmholtz-Zentrum Geesthacht koordinierte Begutachtungsprozess ist nun abgeschlossen und gegenüber dem damaligen Erkenntnisstand geht es nunmehr um die Fragen der Wissens- und Handlungsanforderungen, die für alle Akteure bestehen:

„Der Klimabericht ist die erste detaillierte und wissenschaftlich fundierte Bestandsaufnahme für unsere Region“, sagt **Prof. Martin Claußen** vom KlimaCampus. „Gleichzeitig ist der Bericht Ansporn für die weitere Arbeit. So gilt es, noch bestehende Wissenslücken zu füllen und gemeinsam mit der Politik Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu identifizieren.“

Ein Hintergrundpapier der Forschungsgemeinschaft sowie ein Auszug des Klimaberichts in Form eines kleinen Booklets ist unter der Adresse: [www.klimabericht-hamburg.de](http://www.klimabericht-hamburg.de) im Internet abrufbar.

**Hans von Storch und Martin Claussen (Hrsg.) Klimabericht für die Metropolregion Hamburg. Heidelberg: Springer Verlag 2010, 1. Aufl.**

**Kontakt:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, Tel.: 040 428.40-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs, Tel.: 040 42863-2322, timo.friedrichs@bwf.hamburg.de

Helmholtz-Zentrum Geesthacht, Torsten Fischer, Tel.: 04152 871677, torsten.fischer@hzg.de, Julika Doerffer, Tel.: 04152 871834, julika.doerffer@hzg.de

KlimaCampus, Universität Hamburg, Ute Kreis, Tel.: 040 42838-4523, ute.kreis@klimacampus.de

07. Dezember 2010/bsb07

## **Nordländer unterzeichnen Kooperationsvereinbarung Zukünftig engere Zusammenarbeit der Produktionsschulen**

Die Produktionsschulen der Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern werden zukünftig länderübergreifend zusammen arbeiten. Dazu unterzeichneten der Hamburger **Bildungssenator Dietrich Wersich** und seine Amtskollegen **Sozialministerin Manuela Schwesig** (Mecklenburg-Vorpommern) sowie **Arbeits- und Sozialminister Dr. Heiner Garg** (Schleswig-Holstein) heute ein gemeinsames Eckpunktepapier. Inhalt der Kooperationsvereinbarung ist im Wesentlichen die systematische Weiterentwicklung der Produktionsschulen, aber auch die Abstimmung über gemeinsame Strategien zur dauerhaften Finanzierung und Etablierung dieser.

**Bildungssenator Dietrich Wersich:** „Der Übergang von Schule zum Beruf muss auch für Jugendliche ohne Schulabschluss besser werden. Die heutige Unterzeichnung ist Ausdruck der guten Kooperation unserer drei Nordländer auch in Bezug auf die Produktionsschulen. Wir wollen voneinander lernen, die fachliche Zusammenarbeit systematisch weiterentwickeln und gemeinsame Grundsätze und Qualitätsstandards für die Arbeit der Produktionsschulen entwickeln.“

**Sozialministerin Manuela Schwesig:** „Die drei Nord-Länder haben die Bedeutung der Produktionsschulen nach dänischem Vorbild erkannt und die Erfolge sprechen für sich. Allein in Mecklenburg-Vorpommern hat jeder zweite Besucher einer Produktionsschule anschließend den Weg in eine Ausbildung und den Arbeitsmarkt geschafft. Dass wir künftig gemeinsam über die Entwicklung unserer Produktionsschulen beraten wollen, ist zum einen ein Beleg dafür, dass wir diese Qualifizierungsform gemeinsam stärken und zukunftsfest machen wollen. Zum anderen wissen wir, dass wir angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels keinen Jugendlichen aufgeben können. Die Produktionsschulen helfen uns dabei.“

**Arbeitsminister Dr. Heiner Garg:** „Wir müssen dafür sorgen, dass alle Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Zukunft haben. Zum einen, weil davon Schicksale einzelner junger Menschen abhängen, zum anderen auch weil unserer Gesellschaft sie für den künftigen Fachkräftebedarf braucht. Eine solide Ausbildung ist die beste Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben außerhalb von Sozialtransfers. In den Produktionsschulen wird der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt sinnvoll unterstützt“.

## **Informationen zu Produktionsschulen**

Die Produktionsschulen sind ein berufsvorbereitendes und -qualifizierendes alternatives Angebot zu der Ausbildungsvorbereitung an den beruflichen Schulen. Sie richten sich u.a. an Schulabbrecher, die an Produktionsabläufe herangeführt und wieder Freude am Lernen bekommen und so auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Dabei verfolgen sie ein pädagogisches Konzept, das sich deutlich von denen des herkömmlichen Schulwesens unterscheidet: Die Jugendlichen stellen Waren her bzw. Dienstleistungen bereit und bieten diese auf dem Markt zu regulären Preisen an. Sie arbeiten und lernen dabei ganz praktisch im Produktionsprozess, durch reale Aufträge bzw. Produkte und Dienstleistungen sowie durch die Urteile von Kunden. Dadurch entwickeln sich ihre fachlichen, methodischen, sozialen und personalen Kompetenzen. Denn die Jugendlichen haben durchweg Schule negativ erlebt. Die Produktionsschule soll ihnen Erfolgserlebnisse vermitteln, um diese zu stabilisieren und zu motivieren.

## **Produktionsschulen in Hamburg**

In Hamburg wurden, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, Produktionsschulen seit dem 24. Juni 2009 durch einen Beschluss der Bürgerschaft eingerichtet und werden aus dem Bildungshaushalt finanziert. Aktuell verteilen sich 374 Plätze auf acht Produktionsschulen in den sieben Bezirken. Die erste wurde 1999 in Altona gegründet. Zehn Jahre später folgten im September 2009 Billstedt-Horn, Barmbek, Steilshoop und Bergedorf-Zentrum. Mit der zweiten Ausbaustufe nahmen im September 2010 die Produktionsschulen Eimsbüttel, Harburg und Wilhelmsburg ihren Betrieb auf. Sie sind keine Schulen im Sinne des Hamburger Schulgesetzes, sondern Einrichtungen, die von Bildungsträgern in freier Trägerschaft betrieben werden. Gleichzeitig bilden sie einen Baustein der Hamburger Bildungsreform im Übergangssystem Schule - Beruf.

### Rückfragen

Melanie Nickel

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: (040) 428 63 - 3497

F: (040) 427 966 - 148

E: [Melanie.Nickel@bsb.hamburg.de](mailto:Melanie.Nickel@bsb.hamburg.de)

8. Dezember 2010/bsb08

## **Durchbruch für neues Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein**

### **Gutes Ergebnis für Schüler, Eltern und Schulen in beiden Ländern**

**Hamburgs Bildungssenator Dietrich Wersich und Schleswig-Holsteins Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug haben heute in Hamburg die Einigung zum Gastschulabkommen zwischen ihren beiden Bundesländern bekannt gegeben.**

**Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug:** „Wir haben eine Verständigung erreicht. Für beide Länder, vor allem aber für die betroffenen Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern ist dies ein sehr gutes Ergebnis. Denn sonst hätte uns ein vertragsloser Zustand mit dramatischen Folgen für die Betroffenen gedroht.“  
„In sehr konstruktiven und persönlichen Verhandlungen zwischen Minister Dr. Klug und mir ist es kurzfristig gelungen, Konflikte die bislang bestanden beizulegen und uns über ein neues langfristiges Abkommen zu verständigen“, so **Senator Dietrich Wersich**. „Damit schaffen wir Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die besonderen Hamburger Privatschulen.“ Beide Bildungspolitiker betonten, dass es mit dem auf fünf Jahre abgeschlossenen neuen Gastschulabkommen nun für einen längeren Zeitraum ein hohes Maß an Rechtssicherheit gebe.

Die Länder streben an, grundsätzlich den Schulbesuch ihrer Schülerinnen und Schüler im eigenen Land zu ermöglichen. Die neue Regelung stellt aber sicher, dass Kinder aus Familien, die im Hamburger Umland von einem in das andere Land umzögen, ihren Schulbesuch dort fortsetzen können, wo sie ursprünglich eingeschult worden sind. Zugleich können alle Schüler, deren Schulverhältnis bis Ende 2010 begründet war, ihren Schulbesuch fortsetzen. Dank des neuen Abkommens werden außerdem verwaltungsaufwändige Einzelfallabrechnungen vermieden.

Das neue Gastschulabkommen, das zum 1. Januar 2011 in Kraft tritt, hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Im Jahr 2011 zahlt Schleswig-Holstein statt wie bisher 8,5 Millionen Euro an Hamburg einen Ausgleich in Höhe von 12,4 Millionen Euro, wobei auf den Besuch von Hamburger Ersatzschulen ein Betrag von 6,9 Millionen Euro entfällt. In den Folgejahren bis 2015 steigt der Betrag um jährlich 200.000 Euro, um die Kostensteigerungen aufzufangen. Für den Schulunterricht der Kinder und Jugendlichen, die von Hamburg in schleswig-holsteinischen Einrichtungen und Pflegefamilien untergebracht sind, übernimmt Schleswig-Holstein die Kosten.

Das Gastschulabkommen regelt außerdem, dass für beide Länder grundsätzlich der Schulbesuch der Schülerinnen und Schüler im eigenen Land Vorrang hat. Ausnahmen sind neben persönlichen Härtefällen vier klar definierte Bereiche:

- Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Barsbüttel können ein staatliches Hamburger Gymnasium bis zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife besuchen.
- An staatlichen Hamburger Sonderschulen für die Förderschwerpunkte körperliche und motorische Entwicklung, Hören und Sehen werden bis zu 150 Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein mit entsprechendem Förderbedarf aufgenommen.
- Schulpflichtige Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein können Hamburger berufsbildende Schulen besuchen, wenn sie von Schleswig-Holstein eine Freigabe erhalten haben. Das ist nur möglich, wenn der Schulweg deutlich länger als zu einer Hamburger Schule wäre.
- Schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler können Hamburger Privatschulen besuchen.

**Bildungsminister Dr. Klug** kündigte an, dass die schleswig-holsteinischen Umlandgemeinden künftig auch an Ausgleichszahlen für den Besuch von öffentlichen Schulen beteiligt werden. Gemeinden, aus denen Schülerinnen und Schüler in Hamburg zur Schule gehen, müssten in Zukunft sowohl für den Besuch von privaten als auch öffentlichen Hamburger Schulen Schulträgerkosten an das Land entrichten.

**Senator Wersich:** „Nach vielen Jahren Verhandlungen ist das neue Abkommen ein echter Durchbruch.“

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78; Fax: (040) 4 28 63 - 38 49;

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

09. Dezember 2010/bsb09

## **„Mein Schulweg Trainer“ Neues Schülerheft für die Klassen 1 und 2**

Der Schulweg im Straßenverkehr ist für Schulanfänger eine große Herausforderung. Damit die Kinder diese gut bewältigen können, hat die Behörde für Schule und Berufsbildung ein neues Schülerheft „Mein Schulweg Trainer“ für die Klassen 1 und 2 herausgegeben.

„Drei Comicfiguren erklären den Kindern verständlich und anschaulich die wichtigsten Situationen auf ihrem Schulweg“, so Bildungssenator Dietrich Wersich. „Fotos und Sticker ergänzen die Geschichte. Viele kleine Aufgaben, Rätsel und Forschungsvorhaben für den eigenen Schulweg helfen den Kindern, das Gelernte als Fußgänger selbstständig umzusetzen, um sicher am Straßenverkehr teilnehmen zu können.“

Das neue Schülerheft ist in Zusammenarbeit mit dem Referat Verkehrssicherheitsarbeit der Behörde für Inneres, der Verkehrsdirektion der Polizei Hamburg und dem Arbeitskreis „Schulweg Klasse 1/2“ und mit freundlicher Unterstützung der Unfallkasse Nord entstanden. Es soll zu einer noch besseren Zusammenarbeit zwischen der Schule und den Polizeiverkehrslehrerinnen und -lehrern beim Thema Schulweg und Stadtteilerkundung beitragen.

Die neuen Schülerhefte werden in den nächsten Wochen an alle Kinder in den 1. und 2. Klassen ausgegeben. Weitere Informationen und den Schulweg Trainer als Download finden Sie im Internet unter

**[www.hamburger-bildungsserver.de/verkehrserz/welcome.htm](http://www.hamburger-bildungsserver.de/verkehrserz/welcome.htm)**

Rückfragen

Melanie Nickel

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: (040) 428 63 - 3497

F: (040) 427 966 - 148

E: [Melanie.Nickel@bsb.hamburg.de](mailto:Melanie.Nickel@bsb.hamburg.de)

10. Dezember 2010/bsb10

## **Klarheit für Schulen und Eltern: Entscheidungen über Schulfusionen**

### **Sieben Fusionsentscheidungen und neue Chance für Schule Holstenhofweg: Anmelderunde statt Schließung**

Nachdem am Mittwoch mit der Unterzeichnung des neuen Gastschulabkommens ein wichtiger Durchbruch gelungen ist, wird nun auch in dringenden Fragen einiger Schulstrukturen Klarheit geschaffen. „Es steht für mich im Vordergrund, stabile und verlässliche Schulen für das kommende Jahr zu sichern“, so Bildungssenator Dietrich Wersich. „Mit Zustimmung der Deputation haben wir jetzt die Entscheidungen über sieben Schulfusionen getroffen. Dadurch ist für Eltern und Schulen Klarheit für die bevorstehende Anmelderunde im Januar gewährleistet.“

Folgenden gemeinsamen Fusionsanträgen von Grundschulen wurde zugestimmt:

- Grundschule Brehmweg und Grundschule Vizelinstraße (Bezirk Eimsbüttel);
- Grundschule Bramfelder Dorfplatz und Grundschule Hegholt (Bezirk Wandsbek);
- Grundschule Anton Rée und Grundschule Allermöhe (Bezirk Bergedorf).

Hinzu kommen vier Grundschulen, die mit Stadtteilschulen zusammen geführt werden:

- Grundschule Steinadlerweg und Stadtteilschule Horn (Bezirk Mitte);
- Grundschule Wilhelmsburg (Perlstieg) und Stadtteilschule Wilhelmsburg (Bezirk Mitte);
- Grundschule Löwenstraße und Stadtteilschule Eppendorf (Bezirk Nord);
- Grundschule Am Falkenberg und Stadtteilschule Fischbek (Bezirk Harburg).

Diese Schulen werden jetzt als Fusionsschulen im Anmeldeverzeichnis geführt und dementsprechend auch in die Schulentwicklungsplanung aufgenommen.

Eine neue Chance bekommt zudem die Schule Holstenhofweg (Bezirk Wandsbek), die gemäß der bisherigen Planung geschlossen werden sollte. Senator Wersich hat der Deputation vorgeschlagen, diese Schule für die bevorstehende Anmelderunde als Stadtteilschule wieder zu öffnen. Damit soll in einem besonderen Verfahren der Schule die Chance auf Fortbestand gegeben werden, wenn ausreichend Eltern ihre Kinder dort anmelden. Auch diesem Vorschlag ist die Deputation gefolgt. Die anmeldenden Eltern werden dabei durch eine vierte Schulwunschangabe abgesichert. Falls der Standort Holstenhofweg nicht eröffnet wird, so gilt automatisch der jeweilige Zweitwunsch als Erstwunsch.

Nicht umgesetzt werden weitere fünf Anträge auf Schulfusionen, da die notwendigen Voraussetzungen, wie die Zustimmung aller betroffenen Schulen, nicht vorlagen.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz; Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78; Fax: (040) 4 28 63 - 38 49;

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

5. Dezember 2010/bsg05

## Perspektiven der Pflege in Hamburg: Einigung erzielt

### Sozialbehörde und Landespflegeausschuss legen die „Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015“ vor

Einstimmig zugestimmt hat der Landespflegeausschuss in seiner vergangenen Sitzung der „Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015“, die die Sozialbehörde unter der Leitung von Senator Dietrich Wersich dem Gremium zur Abstimmung vorgelegt hatte. Damit gibt es eine gemeinsame Grundlage für die Planungen in der Pflege von Einrichtungsträgern, Pflegekassen, der Sozialbehörde und anderer an der pflegerischen Versorgung Beteiligter.

„Ich freue mich, dass es uns gemeinsam mit dem Landespflegeausschuss gelungen ist, eine Verständigung über Basis und Perspektiven der Pflege in Hamburg zu entwickeln. Um die gute Qualität in der Pflege in Hamburg beibehalten und ausbauen zu können, ist es wichtig, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**.

**Stefan Rehm**, Vorstand im Diakonischen Werk Hamburg und Vorsitzender des Landespflegeausschusses: „Die Rahmenplanung bietet eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Pflege in Hamburg. Die Herausforderungen der Zukunft liegen in der Weiterentwicklung von besonderen Betreuungsangeboten für Demente und in der Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege.“

In der „Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015“ werden die aktuellen Angebote der Langzeitpflege in Hamburg analysiert und zukünftige Bedarfe beschrieben. Es werden Prognosen für die Entwicklung der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit aufgestellt und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Angebote vorgeschlagen.

In Hamburg gibt es ein sehr gutes Angebot an ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen, so dass pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen hier auch eine Auswahl treffen können. Diese Situation wird sich auch bei einer steigenden Zahl von Pflegebedürftigen nicht ändern. Die Sozialbehörde geht bei der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen von einer Steigerung um 6 Prozent bis 2015 auf dann 46.300 Menschen aus. Bis dahin wird das Angebot an Tagespflegestätten weiter ausgebaut werden und auch die Pflege in Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige wird eine größere zahlenmäßige Bedeutung gewinnen.

Die Qualität der Pflege in Hamburg soll sich an der „Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“ orientieren. Die acht Artikel der Pflege-Charta beschreiben zum Beispiel ganz konkret das Recht auf Selbstbestimmung, auf Privatheit, auf Teilhabe am sozialen Leben und auf ein Sterben in Würde ([www.pflege-charta.de](http://www.pflege-charta.de)).

Die Zahl der Arbeitsplätze für Fachkräfte in der Pflege wachsen in Hamburg seit vielen Jahren, sodass derzeit so viele Pflegefachkräfte wie nie zuvor beschäftigt sind. Dennoch gibt es viele offene Stellen, sodass weitere Fachkräfte benötigt werden. In der Rahmenplanung wird der zukünftige Fachkraftbedarf abgeschätzt und Maßnahmen zur Schließung der Lücke vorgeschlagen.

Im Landespflegeausschuss arbeiten zahlreiche an der pflegerischen Versorgung beteiligten Organisationen sowie Betroffenenvertretungen zusammen. In diesem Gremium, das auf Grundlage des § 92 SGB XI gebildet wird, sind die Pflegekassen, die Leistungsanbieter der Pflege, die Seniorenvertretung und die Sozialbehörde vertreten. Der Landespflegeausschuss kann Empfehlungen zum Aufbau und zur Weiterentwicklung eines regional und fachlich gegliederten Versorgungssystems in der Pflege abgeben. Im Landespflegeausschuss werden auch Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung vorbereitet und koordiniert.

Eine „Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur“ wird gemäß § 2 Landespflegegesetz regelmäßig fortgeschrieben. Die Behörde legt den jetzigen Planentwurf rechtzeitig vor Ablauf der vorhergehenden Planung vor, die bis 2010 reicht.

Der Entwurf ist im Internet unter [www.hamburg.de/pflege](http://www.hamburg.de/pflege) unter der Rubrik Fachinformationen nachzulesen.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de);

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

6. Dezember 2010/bsg06

## **Aus Fählern lernen – eigentlich ganz einfach?**

### **Hamburg nimmt als erstes Bundesland Patientensicherheit in die Pflegeausbildung auf - Fachveranstaltung am 8. Dezember**

Nach Schätzungen des Aktionsbündnisses Patientensicherheit sterben bei ca. 17 Millionen Krankenhauspatienten in Deutschland jedes Jahr rund 17.000 Menschen (0,1% der Krankenhaufälle) durch vermeidbare Fehler in der medizinischen Versorgung. Um diese Situation zu verbessern, ist es außerordentlich wichtig, aus diesen Fällen ebenso zu lernen wie aus jenen, in denen es gerade noch einmal gut gegangen ist. Unter der Bezeichnung „CIRS“ („Critical Incident Reporting System“) entwickeln sich dazu Fehlermeldesysteme zu einem neuen Standard der Qualitätssicherung im Gesundheitswesen, der aber noch etabliert werden muss. Die 31. Veranstaltung in der Reihe Dialog eHealth der Hamburger Gesundheitsbehörde widmet sich diesem brisanten Thema in besonderer Form, nämlich in Hinblick auf die Ausbildung in der Gesundheits- und (Kinder)Krankenpflege.

„Behandlungsfehler in der medizinischen Versorgung sind ein brisantes Thema, über das aber gesprochen werden muss“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Nur auf diese Weise kann bestmöglich vermieden werden, dass sich Fehler wiederholen. Und es gibt uns die Chance, dass aus Fällen, die gerade noch einmal gut gegangen sind, Lehren gezogen werden. So einfach dieser Gedanke ist, so schwierig ist es, ihn in die Tat umzusetzen. Es freut mich, dass Hamburg mit konkreten Vorschlägen zur Umsetzung eine Vorreiterrolle einnimmt und das erste Bundesland ist, das die Patientensicherheit fest in die Pflegeausbildung aufnimmt.“

In Kooperation mit Hamburger Gesundheits- und (Kinder)Krankenpflegeschulen hat die Gesundheitsbehörde entsprechende Bausteine für ein Curriculum wie auch Unterrichtsmaterialien entwickelt, die während des 31. Dialog eHealth vorgestellt werden. Hintergrund ist auch die Erkenntnis, dass es eine pädagogische Aufgabe ist für ein anderes Verhältnis zu Fehlern zu sorgen, was in der Patientensicherheitsdiskussion bisher zu wenig berücksichtigt wurde. Da dieses Thema auch für andere Berufe im Gesundheitswesen relevant ist, sind die Bausteine so gestaltet, dass sie auf die Ausbildung der anderen Berufsgruppen übertragbar sind.

Der 31. Dialog eHealth findet statt am Mittwoch, 8. Dezember, ab 16:00 Uhr, Ärztehaus Hamburg, Humboldtstraße 56, 22083 Hamburg. Weitere Informationen zur Veranstaltung sind unter <http://www.hamburg.de/gesundheitstelematik> im Internet verfügbar.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

7. Dezember 2010/bsg07

## Neue Akzente in der Bekämpfung von Gewalt Senat beschließt Zweiten Landesaktionsplan Opferschutz

**Der Senat hat heute den Zweiten Hamburger Landesaktionsplan Opferschutz verabschiedet und unterstreicht damit erneut den hohen Stellenwert, den er der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder sowie der Gewaltprävention in der Stadt beimisst. Sozialsenator Dietrich Wersich hat den behördenübergreifenden Landesaktionsplan heute der Öffentlichkeit präsentiert.**

2007 hatte der Senat einen Ersten Landesaktionsplan Opferschutz beschlossen, der systematisch Maßnahmen und Aktivitäten zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Männer und ihre Kinder im Bereich Prävention und Intervention bündelte und verknüpfte. Im Mittelpunkt standen neben den polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen insbesondere Hilfs- und Unterstützungsangebote für Migrantinnen und Migranten im Kontext von Beziehungsgewalt, Zwangsheirat und Menschenhandel sowie Angebote für Kinder und Jugendliche, die mittelbar von Beziehungsgewalt betroffen sind. Daneben wurden Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie die Verstärkung von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren benannt.

Nach drei Jahren kann der Senat eine positive Bilanz ziehen.

„Die im ersten Landesaktionsplan genannten Maßnahmen für eine verbesserte Intervention und Prävention sind umgesetzt worden“, sagt **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Die Arbeit an der Umsetzung des ersten Landesaktionsplans, die Ergebnisse aus unserem erfolgreich abgeschlossenen EU-Projekt ‚Aktiv gegen Zwangsheirat‘ sowie neuere Erkenntnisse aus der Forschung und der Hamburger Beratungspraxis haben uns jedoch gezeigt, dass wir bestehende Maßnahmen und Strategien verbessern müssen, um noch effizienter an die Problem- und Lebenslagen gewaltbetroffener Frauen, Männer und Kinder anzuknüpfen“, so **Wersich** weiter. „Mit der Fortschreibung des Aktionsplans wollen wir diesen Erkenntnissen Rechnung tragen“.

Mit dem Zweiten Landesaktionsplan Opferschutz legt der Senat daher ein ganzheitliches Handlungskonzept zur Bekämpfung von Gewalt im sozialen und öffentlichen Raum vor. Das Konzept greift aktuelle Fragestellungen und Herausforderungen auf und setzt neue Akzente. Ältere Frauen, Menschen mit Behinderung sowie Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung geworden sind, werden ausdrücklich berücksichtigt. Der Gewaltbetroffenheit von Männern sowie Kindern und Jugendlichen wird stärker Rechnung getragen, ohne die Gewaltbetroffenheit von Frauen zu schmälern. Neue Phänomene wie Gewalterfahrungen im Internet werden aufgegriffen.

**Wersich:** „Jede Gewalttat im privaten oder öffentlichen Raum zieht mindestens ein Opfer nach sich. Leid, das wir verringern wollen. Wir müssen dazu Gewaltformen frühzeitig erkennen und entschlossener einschreiten, um Gewaltkreisläufe, die sich bis in die nächste Generation fortsetzen können, zu durchbrechen und weitere Gewalt zu verhindern. Hierzu leistet das neue Handlungskonzept einen wichtigen Beitrag.“

Zu den grundlegenden Handlungsansätzen gehört auch die Weiterentwicklung kultursensibler Herangehensweisen zur Unterstützung und Hilfe gewaltbetroffener Menschen mit Migrationshintergrund. Es gilt Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zu verbessern und weiter auszubauen – insbesondere durch stärkere Einbindung von Migrantenorganisationen und auch durch verstärkte interdisziplinäre Aus- und Fortbildungen.

Im Sinne eines ganzheitlichen Vorgehens sollen zudem täterorientierte Interventionsstrategien weiterentwickelt werden, denn eine qualifizierte Arbeit mit Tätern und Täterinnen in allen Gewaltkontexten wirkt präventiv und erhöht den Opferschutz.

Gleichzeitig geht es darum eine Kultur des Hinsehens und Helfens der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fördern. Der Aktivierung einer Kultur des Hinschauens von Menschen in den Stadtteilen soll neben den professionellen Hilfs- und Unterstützungsangeboten im Rahmen von Präventionsmaßnahmen künftig noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Das Referat Opferschutz in der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz koordiniert die Umsetzung des Landesaktionsplans. Alle Maßnahmen sollen künftig noch stärker einer behördenübergreifenden, interdisziplinären Qualitätssicherung unterzogen werden. Der Landesaktionsplan soll künftig alle drei Jahre fortgeschrieben werden.

### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de);

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

9. Dezember 2010/bsg09

## **Was brauchen ältere Konsumenten illegaler Drogen? Studie im Auftrag der Gesundheitsbehörde über Anforderungen an Versorgungskonzepte in der Sucht- und Altenhilfe liegt vor**

Hamburg verfügt über ein gut ausgebautes Suchthilfesystem mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Angeboten für sucht- und drogenabhängige Menschen. „Die guten Angebote in Hamburg, wie zum Beispiel die niedrighwelligen Beratungseinrichtungen und die Substitutionsmöglichkeiten für Drogenabhängige, haben zusammen mit der guten medizinischen Versorgung dazu beigetragen, dass es zunehmend immer älter werdende Konsumierende illegaler Drogen gibt, die das Hilfesystem nutzen“, so Gesundheitssenator Dietrich Wersich. „Gleichzeitig zeigen die Präventionsstrategien Erfolge: So sind seit Jahren die Zahlen der polizeilich erfassten Erstkonsumenten glücklicherweise rückläufig. Damit verschieben sich die Klientinnen und Klienten hin zu höheren Altersgruppen.“ Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz hat vor diesem Hintergrund bei der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit der Situation älterer Konsumierender illegaler Drogen und den zukünftigen Anforderungen an Versorgungskonzepte in der Sucht- und Altenhilfe beschäftigt.

Für die Studie wurden u. a. Interviews mit Betroffenen und auch mit Experten/innen aus dem Hilfesystem geführt sowie Zahlen aus der Hamburger Basisdatendokumentation berücksichtigt. Vorrangiges Ziel war es, die Entwicklungen in der Personengruppe älterer Drogenabhängiger realistisch einzuschätzen und auf der Basis einer fundierten Prognose die Fachdiskussion um eine altersgerechte Versorgungsplanung zu entwickeln.

Als „Ältere“ wurden im Rahmen der Studie Drogenkonsumentinnen und –konsumenten gezählt, die 45 Jahre und älter sind. Es wurde dabei berücksichtigt, dass Drogenabhängige aufgrund ihrer besonderen Lebensverhältnisse früher altern als der Durchschnitt der Bevölkerung. In der Studie wird u.a. deutlich, dass sich bei älteren Drogenabhängigen die Wohnsituation im Gegensatz zu jüngeren Abhängigen stabilisiert hat. 74 Prozent der Älteren leben in eigenem Wohnraum, bei den Jüngeren sind es hingegen 56 Prozent. Es verbleibt zudem eine kleinere Gruppe mit besonders schwierigen Wohnverhältnissen, die spezielle Unterstützung benötigen. Sollte es zur Notwendigkeit stationärer Pflege kommen, so möchten die Befragten überwiegend in keine speziellen Pflegeeinrichtungen ausschließlich für Drogenabhängige.

Ein Problem ist für viele der älteren Drogenabhängigen auch die zunehmende Vereinsamung. Die Mehrheit von ihnen hat keine familiären Bezüge mehr und ein Freundeskreis mit verlässlichen Beziehungen ist vor dem Hintergrund der jahrelangen Abhängigkeit selten vorhanden.

Die Ergebnisse der Studie bieten nun eine erste Grundlage für weiterführende Bewertungen und Diskussionen in den unterschiedlichen Fachgebieten und den Fachgremien des Hamburger Suchthilfesystems, die mit dem Rückgang jüngerer und der Zunahme der Beratung, Betreuung und Versorgung älterer Suchtkranken befasst sind. Diese Fachdiskussion wird in den nächsten Jahren von Seiten der Behörde gefördert und mit dem Ziel begleitet, das Hilfesystem an der Schnittstelle zwischen Sucht- und Altenhilfe qualitativ weiterzuentwickeln um der Altersverschiebung der Drogenabhängigen Rechnung zu tragen.

Die Studie kann per E-Mail unter [DrogenundSucht@bsg.hamburg.de](mailto:DrogenundSucht@bsg.hamburg.de) bestellt werden. Sie steht zudem in Kürze im Internet unter <http://www.hamburg.de/startseite-drogen-sucht/> zum Download zur Verfügung.

**Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

7. Dezember 2010/bwf07

## **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt Reformbemühungen Gesetzentwurf zum Hamburgischen Hochschulgesetz stärkt die Position des Fakultätsrates**

Das Bundesverfassungsgericht hat heute seine Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde eines Professors der Universität Hamburg aus dem März 2006 gegen Bestimmungen des Hamburgischen Hochschulgesetzes verkündet. In der Entscheidung erklärt das Gericht die Kompetenzverteilung zwischen Dekanat und Fakultätsrat teilweise für verfassungswidrig.

Zur Begründung führt das Gericht aus, dass das Dekanat über weitreichende Steuerungsmöglichkeiten verfüge, die nicht hinreichend durch Mitwirkungs-, Einfluss-, Informations- und Kontrollrechte des Fakultätsrates kompensiert werden. So sei der Fakultätsrat nicht an der Struktur- und Entwicklungsplanung beteiligt und habe keine wirksamen Kontrollrechte gegenüber dem Dekanat.

Das Gericht rügt insofern nicht so sehr einzelne Bestimmungen, sondern das durch verschiedene Regelungen entstehende „Gesamtgefüge“. Gerade dieses Gesamtgefüge wird durch die vorbereitete Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes (vgl. BWF-Pressemitteilung vom 21.07.2010) maßgeblich geändert. Der Gesetzentwurf der Wissenschaftsbehörde, der sich derzeit in einem umfassenden Beteiligungsverfahren befindet, sieht vor, den Fakultätsrat an den folgenden Stellen zu stärken:

- Der Fakultätsrat kann über die fakultätsinternen Grundsätze der Mittelverteilung mitentscheiden.
- Die Mitwirkung des Fakultätsrates an der Struktur- und Entwicklungsplanung wird gesetzlich verankert.
- Der Fakultätsrat erhält ein umfassendes Auskunftsrecht gegenüber dem Dekanat. Das Dekanat wird zu regelmäßigen Informationen über die Mittelverteilung verpflichtet.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Das Bundesverfassungsgericht bestätigt ganz wesentlich die Reformbemühungen des Senats. Die wichtigsten Kritikpunkte des Gerichts werden in unserem Gesetzentwurf bereits aufgegriffen. Insofern verändert unser Gesetzentwurf auch das vom Gericht gerügte „Gesamtgefüge“ zu Gunsten des Fakultätsrates.“

Soweit das Gericht Hinweise zu Abwahlrechten des Fakultätsrates gemacht hat, werden diese im weiteren Verfahren berücksichtigt.

Der Gesetzentwurf der BWF durchläuft seit derzeit ein umfassendes Beteiligungsverfahren. Hier erhalten nicht nur die akademischen Gremien, sondern wegen der verschiedenen dienstrechtlichen Regelungen auch die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und die Berufsverbände Gelegenheit, den Gesetzentwurf zu prüfen und sich hierzu zu äußern. Nach Auswertung der Stellungnahmen ist vorgesehen, dass sich der Senat im Februar 2011 abschließend mit dem Gesetzentwurf befasst.

Die meisten der Änderungsvorschläge gehen zurück auf Empfehlungen der Kommission, die im Juli 2010 veröffentlicht wurden. Die Kommission war von Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach mit dem Auftrag eingesetzt worden, das Hamburgische Hochschulgesetz und die von ihm geprägten Strukturen in den Hochschulen zu überprüfen.

Weitere Einzelheiten der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bleiben einer sorgfältigen Analyse der Entscheidungsbegründung vorbehalten, die derzeit erarbeitet wird.

**Für Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs  
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: [E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

6. Dezember 2010/bkm06

## **Senator Stuth verlängert Vertrag mit dem Direktor der Hamburger Kunsthalle**

### **Prof. Dr. Hubertus Gaßner wird dem Museum weiter vorstehen**

Wenn jetzt noch der Stiftungsrat der Hamburger Kunsthalle zustimmt, ist sie perfekt: die Verlängerung des Vertrages von Direktor Prof. Dr. Hubertus Gaßner. Der 60jährige Kunsthistoriker wird das Haus für weitere fünf Jahre leiten.

Der Senator für Kultur und Medien, Reinhard Stuth, zeigte sich mit der Übereinkunft zufrieden: „Mit Herrn Gaßner behalten wir einen ausgewiesenen und erfolgreichen Fachmann in Hamburg, der die Kunsthalle mit großem künstlerischem Gespür leitet. Mit und durch ihn positioniert sich das Haus als bundesweit und international hoch angesehenen Ort des Sammelns, Bewahrens, Vermittelns und Forschens der Kunst aus über einem halben Jahrtausend. Der jüngste Beleg seines überzeugenden Wirkens ist die weithin beachtete, soeben eröffnete Philipp Otto Runge-Ausstellung.“

Daher sei die Vertragsverlängerung auch ein wichtiges Signal für die Zukunft. Wie in der in diesem Jahr von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossenen Museumsdrucksache, verpflichtet sich Hubertus Gaßner, dass die Kunsthalle mit dem gegenwärtigen Zuschuss der Stadt auskommen wird.

Prof. Hubertus Gaßner: „Nach längeren Verhandlungen mit durchaus unterschiedlichen Positionen freue ich mich, dass es nunmehr zu einer akzeptablen und von beiden Seiten getragenen Vereinbarung gekommen ist.“

Der Stiftungsrat wird am 16. Dezember 2010 über die Zustimmung beschließen. Die Behörde für Kultur und Medien rechnet mit einer Zustimmung.

#### Pressekontakt für Rückfragen:

Stefan Nowicki, Pressesprecher der Behörde für Kultur und Medien

Tel.: 040 42824 293, stefan.nowicki@bkm.hamburg.de

## Terminkalender

Vom 13. Dezember bis 19. Dezember 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 13.12.2010

**10:00** Baustelle HafenCity Universität, Cruise Terminal 1, Großer Grasbrook 19  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Setzung des „1. Bohrpfahl“ der HafenCity Universität.**

**17:00** Imtech-Arena, Sylvesterallee  
Senator Heino Vahldieck nimmt am **Weihnachtstag „Hamburger Weg“** teil.

**19:30** Sendezentrum HH1, Rothenbaumchaussee 80  
Bürgermeister Christoph Ahlhaus nimmt an der **12. Gala zur Ehrung des „Hamburger des Jahres“ als Laudator teil und übergibt einen Preis.**

Senator Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.

### Dienstag, den 14.12.2010

**12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Honorarkonsul der Republik Slowenien, Kai Wünsche, zum Abschiedsbesuch.**

**18:00** Ritz-Carlton Hotel Berlin, Potsdamer Platz 3  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des Botschafters des Königreichs Bahrain, Ahmed Mohamed Y. Aldoseri, am **Empfang anlässlich des Nationalfeiertages** teil.

### Mittwoch, den 15.12.2010

**08:30** Berlin, Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstraße 18  
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck nimmt an der **Konferenz der Regierungschefinnen und –chefs der Länder** und den **Besprechungen der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und –chefs der Länder** teil.

**11:00** Dienstleistungszentrum am Bahnhof, Weidenbaumsweg 21, Eingang A, 3. OG  
Staatsrat Rolf Reincke spricht ein **Grußwort zur Einweihung des Dienstleistungszentrums vom Bezirksamt Bergedorf.**

**11:00** Berlin, Landesvertretung Hamburg, Jägerstraße 1-3  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann begrüßt den **Botschafter der Schweiz, Dr. Tim Guldemann, zum Antrittsbesuch.**

**11:30** Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Technikum, Berliner Tor 5  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung des neu gestalteten Technikums.**

- 18:00** Übersee-Club, Amsinck-Haus, Neuer Jungfernstieg 19  
Senator Reinhard Stuth nimmt an der „**Lucia-Feier**“ des **Schwedischen Honorarkonsulats** teil.
- 19:00** Berlin, Hotel Adlon Kempinski, Unter den Linden 77  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt an einem **politischen Abend** teil; der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland, Philip D. Murphy, spricht zum Thema „**The Transatlantic Alliance: Germany and the US in the 21st Century**“.

**Donnerstag, den 16.12.2010**

- 12:00** Berlin, Daimler AG, Haus Huth, Alte Potsdamer Str. 5  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt im Rahmen der politischen Dialogreihe der Daimler AG an einem **Gespräch mit Dr. Rüdiger Grube (Vorsitzender der Deutschen Bahn AG und der DB Mobility Logistics AG)** teil.
- 12:00** Brüssel, Hanse-Office  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am „**Meeting on creative Industries**“ teil.
- 15:30** St. Petri Kirche  
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt am **Pensionärstreffen der Hamburger Feuerwehr** teil.

**Freitag, den 17.12.2010**

- 09:30** Berlin, Bundesrat  
Bürgermeister Christoph Ahlhaus, Senator Heino Vahldieck und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nehmen an der **878. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.

**Samstag, den 18.12.2010**

- 15:00** Sporthalle Dratelnstraße  
Staatsrat Rolf Reincke überreicht die **Sportplakette des Bundespräsidenten an den Turn-Club Wilhelmsburg von 1909 e.V.**

**Sonntag, den 19.12.2010**

- 15:00** Laeishalle Hamburg, Großer Saal  
Senator Heino Vahldieck besucht das **Weihnachtskonzert des Hamburger Polizeichors**.
- 18:00** Hamburgische Staatsoper, Große Theaterstraße 25  
Senator Reinhard Stuth besucht „**La Traviata**“.